



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 7.6.2011
SEK(2011) 737 endgültig

ARBEITSDOKUMENT DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

**Bewertung der nationalen Reform- und Stabilitätsprogramme 2011 für das EURO-
WÄHRUNGSGEBIET**

Begleitdokument zum / zur

Empfehlung für eine

EMPFEHLUNG DES RATES

**zur Umsetzung der allgemeinen wirtschaftspolitischen Leitlinien für die Mitgliedstaaten,
deren gemeinsame Währung der Euro ist**

{SEK(2011) 828 endgültig}

1. EINLEITUNG

Zehn Jahre nach Einführung des Euro liegen die zahlreichen Vorteile der gemeinsamen Währung auf der Hand. Der Wegfall von Transaktionskosten und länderspezifischen Wechselkursrisiken förderte die Integration des Finanz- und Produktmarkts. Eine stabile Inflationsrate, fest verankerte Inflationserwartungen, die weitgehend angemessene Entwicklung der Löhne und Gehälter sowie gewisse Aufwärtstrends in den öffentlichen Haushalten hatten vor der Krise zur makroökonomischen Stabilität im Euro-Währungsgebiet insgesamt beigetragen. Trotz der zunehmenden weltweiten Ungleichgewichte bewahrte das Euro-Währungsgebiet eine nahezu ausgeglichene Leistungsbilanz und verzeichnete eine Phase nachhaltiger Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, in der so viele Arbeitsplätze wie seit Jahrzehnten nicht mehr geschaffen wurden.

Gleichzeitig entstanden zunehmend makroökonomische Ungleichgewichte im Euro-Währungsraum. Etliche dem Euro-Währungsgebiet angeschlossene Mitgliedstaaten büßten infolge eines hohen nominellen Lohnwachstums bei lediglich geringem gleichzeitigem Produktivitätsanstieg an Wettbewerbsfähigkeit ein. Verschiedene Kombinationen unangemessener haushaltspolitischer Maßnahmen, günstige Bedingungen für die Fremdfinanzierung und Immobilienblasen sorgten für einen Nachfrageboom, der zu höheren Leistungsbilanzdefiziten führte. Einige Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets stürzten deshalb aus einer geschwächten Ausgangsposition mit bereits angespannter Haushaltslage und erheblichen Ungleichgewichten in die Krise, was eine Abfederung erschwerte.

Aus den genannten Gründen und angesichts der zusätzlichen Auswirkungen der Krise hat das Euro-Währungsgebiet nun einige Herausforderungen zu bewältigen:

- Das Geflecht aus Krise des Finanzsektors und Staatsverschuldung in einigen Mitgliedstaaten gefährdet die Stabilität im Euro-Währungsgebiet insgesamt. In dem Bestreben, einen Zusammenbruch der Finanzmärkte zu vermeiden, haben die Mitgliedstaaten Bürgschaften und Kapitalspritzen für den Bankensektor geleistet, was zu einer Verlagerung von Risiken vom privaten auf den öffentlichen Sektor geführt und die Lage der öffentlichen Haushalte verschärft hat. Gleichzeitig halten Banken einen erheblichen Anteil an staatlichen Schuldtiteln, so dass sie in hohem Maße von den Entwicklungen auf dem Staatsanleihenmarkt betroffen sind.
- Zwar erholt sich die Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet gerade, doch ist davon auszugehen, dass das zukünftige Wachstum nur langsam und womöglich ungleichmäßig verläuft. Nach einer Wachstumsrate von 1,8 % im Jahr 2010 ist laut Frühjahrsprognose 2011 der Kommissionsdienststellen 2011 und 2012 mit einem Anstieg von 1,6 % bzw. 1,8 % im Euro-Währungsgebiet zu rechnen, wobei beträchtliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bestehen. Ein geringeres Wachstum ist insbesondere in den Mitgliedstaaten abzusehen, die ihre makroökonomischen Ungleichgewichte in den Griff bekommen müssen. Der Umfang der ergriffenen Korrekturmaßnahmen könnte teilweise nicht ausreichen und in einigen Fällen nur kurzzeitig wirken.

Aus internationaler Sicht lassen sich diese Herausforderungen mit denen anderer fortgeschrittenen Volkswirtschaften vergleichen. Das Vereinigte Königreich und die USA wiesen ein geringes Wachstum bei hoher Arbeitslosenquote auf (siehe Tabelle 1). Im Hinblick auf die im Jahr 2010 nahezu ausgeglichene Leistungsbilanz, den Anstieg der

Verbraucherpreise sowie das gesamtstaatliche Defizit und den gesamtstaatlichen Schuldenstand schneidet das Euro-Währungsgebiet mindestens gleich gut ab, bei einigen Indikatoren liegt es sogar deutlich vorn.

Tabelle 1: Die wichtigsten makroökonomischen Indikatoren im Euro-Währungsgebiet (EA-17), in Japan, im Vereinigten Königreich und in den USA im Jahr 2010.

	EA-17	JP	UK	US
BIP zu konstanten Preisen, jährliche Änderung in %	1,8	3,9	1,3	2,9
Arbeitslosenquote in %	10,1	5,1	7,8	9,6
Verbraucherpreisindex, jährliche Änderung in %	1,6	-0,7	3,3	1,6
Finanzierungssaldo des Staates in % des BIP	-6,0	-9,3	-10,4	-11,2
Gesamtstaatlicher Bruttoschuldenstand in % des BIP	85,4	223,1	80,0	92,0
Leistungsbilanz in % des BIP	-0,1	3,5	-2,5	-3,3

Quelle: Frühjahrsprognose 2011 der Kommissionsdienststellen

Diese Herausforderungen erfordern eine koordinierte und umfassende wirtschaftspolitische Reaktion des Euro-Währungsgebiets. Die Erfahrungen der Vergangenheit belegen, dass eine enge wirtschaftspolitische Koordinierung erhebliche Vorteile mit sich bringen kann. Inmitten der Krise stellte die EZB zusätzliche Liquidität zur Verfügung, und die koordinierte Reaktion der Mitgliedstaaten in Gestalt des Europäischen Konjunkturprogramms stützte die Wirtschaft und schwächte die Auswirkungen der Krise auf das Euro-Währungsgebiet erheblich ab. Über die 2010 bereits vereinbarten Maßnahmen zur verbesserten Überwachung der Wirtschaftspolitik in der EU hinaus hat die vom Europäischen Rat im März 2011 beschlossene umfassende Reaktion die wirtschaftspolitische Steuerung im Euro-Währungsgebiet gestärkt und durch die Aufstockung der Rettungsschirme wesentlich zur Sicherung der Stabilität sowie zur Ankurbelung des Wachstums und zur Korrektur der Ungleichgewichte im Euro-Währungsgebiet beigetragen. Durch das gemeinsame Handeln und die Einrichtung geeigneter Steuerungsstrukturen in den drei Phasen der wirtschaftspolitischen Reaktion – Krisenkontrolle, Krisenbewältigung und Krisenvorbeugung – ist das Euro-Währungsgebiet letztlich gestärkt aus der Krise hervorgetreten. Der größte Teil der umfassenden wirtschaftspolitischen Reaktion bleibt jedoch im Verantwortungsbereich der Mitgliedstaaten und muss von diesen wirksam umgesetzt werden.

Mit dem vorliegenden Arbeitsdokument soll aus Sicht des Euro-Währungsgebiets bewertet werden, inwieweit die im Rahmen des ersten Europäischen Semesters vorgelegten wirtschaftspolitischen Programme der Mitgliedstaaten geeignet sind, die genannten Herausforderungen anzugehen. Der Blick auf das Euro-Währungsgebiet als Ganzes ermöglicht das Erkennen von Mängeln in den Maßnahmen der Mitgliedstaaten, die sich auf das Euro-Währungsgebiet insgesamt negativ auswirken könnten. Zur Behebung derartiger Mängel könnte die Euro-Gruppe den betreffenden Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets wirtschaftspolitische Leitlinien an die Hand geben.

2. DIE WICHTIGSTEN WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN HERAUSFORDERUNGEN UND REAKTIONEN

Das Euro-Währungsgebiet ist mit einem Geflecht wirtschaftspolitischer Herausforderungen konfrontiert; dabei geht es um i) Wiederherstellung und Aufrechterhaltung von Stabilität und ii) Steigerung des Wachstumspotenzials und Korrektur der Ungleichgewichte im Euro-Währungsgebiet. In diesem Abschnitt wird geprüft, wie wirksam die in den wirtschaftspolitischen Reaktionen der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets vorgesehenen Haushalts- und Strukturreformprogramme diese Herausforderungen angehen.

2.1 WIEDERHERSTELLUNG UND AUFRECHTERHALTUNG VON STABILITÄT

Außenbeitrag und Inflation stellen derzeit eine geringere Gefährdung für die Stabilität des Euro-Währungsgebiets dar. Im Hinblick auf die Außenwirtschaft weist das Euro-Währungsgebiet eine weitgehend ausgeglichene Leistungsbilanz auf, doch im Zuge der Krise konnten weltweite Ungleichgewichte nicht nachhaltig verringert werden und die Aussichten deuten auf eine weitere Ausweitung hin. Ein plötzlicher Abbau dieser Ungleichgewichte könnte nicht nur das globale Wachstum gefährden, sondern auch einen Großteil der Korrekturlast dem Euro-Währungsgebiet auferlegen, obwohl es nicht zu diesen Ungleichgewichten beigetragen hat. Die Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet ist derzeit weniger problematisch, obwohl die Gesamtinflation vor allem infolge hoher Rohstoffpreise jüngst zugenommen hat; es wird davon ausgegangen, dass sich Zweitrundeneffekte vermeiden lassen.

Angesichts der während der Krise zu Tage getretenen Schwächen des Bankensektors im Euro-Währungsgebiet geben makrofinanzielle Risiken mehr Anlass zu Besorgnis. Zusätzlich zu anderen Kanälen wie dem Handel spielten Banken eine wesentliche Rolle bei der Ausweitung einer im Wesentlichen aus Vermögenswertblasen resultierenden Subprime-Krise auf die Bereitstellung von Krediten für die Gesamtwirtschaft. Banken reagierten – teilweise auch infolge sinkender Kreditnachfrage – vor allem mit einer drastischen Einschränkung der Kreditvergabe, um ihre Bilanzen zu bereinigen, insbesondere angesichts der Schwierigkeiten bei der Beschaffung von genügend neuem Kapital. Nachdem zahlreiche Staaten sich gezwungen sahen, ihre Banken zu stützen, verdeutlicht das derzeitige Ausmaß öffentlicher Eventualverbindlichkeiten im Bankensektor des Euro-Währungsgebiets, wie wichtig eine angemessene Eigenkapitalausstattung der Banken ist.

Die Verschlechterung der Haushaltslage löste in einigen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets eine Staatsverschuldungskrise aus. Bei den staatlichen Einnahmen waren aufgrund eines drastischen Einbruchs der Wirtschaftstätigkeit erhebliche Einbußen zu verzeichnen, während sich die staatlichen Ausgaben weitgehend in der vorgesehenen Größenordnung bewegten und durch diskretionäre Konjunkturmaßnahmen ergänzt wurden, so dass die automatischen Stabilisatoren ihre volle Wirkung entfalten konnten. Zudem gewährten die Mitgliedstaaten angesichts des drohenden Zusammenbruchs der Finanzmärkte große öffentliche Finanzspritzen und Bürgschaften für Finanzinstitute. Die Zinssätze für die Staatsanleihen einiger Mitgliedstaaten stiegen erheblich an und führten so zu deutlich verschlechterten Finanzierungsbedingungen für die betroffenen Mitgliedstaaten. Schnell breiteten sich in anderen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets Zweifel an der Tragfähigkeit von Staatsanleihen aus, die geschürt wurden durch die Unsicherheit über den tatsächlichen Zustand sowohl des Staatshaushalts als auch des Bankensektors in einigen Ländern.

Der Weg der Konsolidierung des Euro-Währungsgebiets insgesamt, der sich aus der Bündelung der Einzelziele in den Stabilitätsprogrammen ergibt, sollte zu einer Verringerung der Schuldenlast nach 2012 führen. Die Haushaltsziele der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets führen zusammengefasst bis 2014 zu einer frühzeitigen Senkung des gesamtwirtschaftlichen Defizits auf 1,3 % des BIP und zu einer rückläufigen Schuldenquote im gegenwärtigen Programmzeitraum (Tabelle 2).

Tabelle 2: Haushaltsposition des Euro-Währungsgebiets, in % des BIP

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Gesamteinnahmen	45,2	44,8	44,5	44,4	44,7	45,0	45,0	45,0
Gesamtausgaben	45,9	46,9	50,8	50,4	49,0	48,2	47,5	46,8
Saldo	-0,7	-2,0	-6,3	-6,0	-4,3	-3,1	-2,1	-1,3
Verschuldung	66,2	69,9	79,3	85,4	87,4	87,8	87,0	85,1

Quellen: Kommissionsdienststellen für die Jahre 2007-2010; Stabilitätsprogramme 2011 der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets für die Jahre 2011-2014; Finanzhilfeprogramme der EU/des IWF für Griechenland und Portugal ab Anfang Juni 2011.

Ein solcher haushaltspolitischer Konsolidierungskurs wäre mit der zunehmenden wirtschaftlichen Erholung im Euro-Währungsgebiet weitgehend vereinbar. Da sich die Konjunktur bereits wieder belebt, wird sich der finanzpolitische Kurs insgesamt für die meisten Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets antizyklisch auswirken. Der im Jahr 2010 noch weitgehend neutrale finanzpolitische Kurs dürfte im Jahr 2011 restriktiv werden, da dann i) die von verschiedenen Mitgliedstaaten in den vergangenen Jahren ergriffenen investitionsfördernden Konjunkturmaßnahmen, ii) die dem Finanzsektor gewährte Hilfe und iii) die Unterstützung der Kaufkraft der privaten Haushalte und der Arbeitsmärkte wegfallen werden. In Bezug auf die wichtigsten Komponenten wird ein stärkerer Rückgang der Ausgabenquote (% des BIP) erwartet, während sich die Einnahmenquote ab dem Jahr 2011 langsam auf ihren Stand vor der Krise einpendeln dürfte.

In vielen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets lassen sich die Steuersysteme noch optimieren, indem direkte Steuern in indirekte Steuern umgewandelt werden. Aus den Stabilitätsprogrammen und nationalen Reformprogrammen geht hervor, dass Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets, die Probleme mit der Schuldentragfähigkeit haben, neben der Kürzung öffentlicher Ausgaben Steuererhöhungen planen. Einigen Programmen sind Bestrebungen zu entnehmen, die steuerliche Belastung der Arbeit – insbesondere Steuern auf niedrige Einkommen – zu senken und die Einnahmequellen auf indirekte Steuern zu verlagern. Häufig erfolgt dies, indem der Anwendungsbereich für ermäßigte MwSt-Sätze eingengt wird und Verbrauchssteuern wie Energiesteuern erhöht werden. In einigen Mitgliedstaaten sind neue besondere Vorschriften eingeführt worden, die im Allgemeinen der Förderung von FuE, umweltfreundlichen Innovationen oder KMU allgemein dienen. Einige Mitgliedstaaten wollen Steuerschlupflöcher schließen, um die Steuerbasis zu erweitern und Steuersätze zu senken, was sowohl Wachstum als auch langfristige Tragfähigkeit der Haushalte fördert.

Die meisten Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets haben kürzlich neue haushaltspolitische Vorschriften umgesetzt bzw. planen dies im Jahr 2011 oder 2012, oder sie kündigen an, die bestehenden Vorschriften zu verschärfen. Seit Mitte der 1990er

Jahre haben die meisten Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets im Kontext der Errichtung der WWU tiefgreifende Reformen eingeführt, um ihren jeweiligen haushaltspolitischen Rahmen zu stärken. Mit den meisten dieser Änderungen sollte Kohärenz zwischen den nationalen Haushaltsvorschriften und den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) sichergestellt und erreicht werden, dass letztere bei nationalen haushaltspolitischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Auch haben einige Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets Reformen vorgenommen oder kündigen an, diese zwecks Neuausrichtung der mittelfristigen Haushaltsplanung umsetzen zu wollen. In den meisten Fällen verstärken diese Maßnahmen die Verbindlichkeit des nationalen mittelfristigen Haushaltsrahmens, indem für den betreffenden Zeitraum eine Ausgabendeckelung festgelegt wird. Parallel hierzu berichten einige Mitgliedstaaten von der Einführung von Maßnahmen, um die Aufstellung des Jahreshaushaltsplans zu optimieren; dabei wird meist auf den Top-Down-Ansatz und eine ergebnisorientierte Haushaltsführung verwiesen. Schließlich enthalten die Stabilitätsprogramme einiger Länder des Euro-Währungsgebiets Pläne zur Einrichtung eines neuen unabhängigen Gremiums, dem technische Aufgaben in Bezug auf die Haushaltspolitik zugewiesen werden.

Diese Maßnahmen zur haushaltspolitischen Steuerung weisen in die richtige Richtung, erfordern jedoch in einigen Fällen weitere Anstrengungen. Die Maßnahmen sind im Allgemeinen im Einklang mit dem derzeit erörterten Entwurf einer Richtlinie über Mindestanforderungen für nationale Haushaltsrahmen. Allerdings legen die Erfahrungen der Vergangenheit und die Tatsache, dass eine Umkehr der aktuellen Verschuldungstrends eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung erfordert, nahe, dass weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Haushaltspolitik erforderlich sind. Einige Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets mit schwachem Haushaltsrahmen sind in Bezug auf die Konsolidierung ihres Haushalts nicht ambitioniert genug und haben nicht vorgesehen, die notwendigen institutionellen Strukturen einzurichten (z. B. Kontroll- und Durchsetzungsmechanismen oder Verbindlichkeit der mittelfristigen Haushaltsplanung).

Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte lässt sich nicht ohne weitere Schritte erreichen. Eine bloße Beendigung der diskretionären Konjunkturmaßnahmen und eine Erholung der Steuereinnahmen von ihrem krisengeschuldeten Tiefstand werden nicht ausreichen, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte langfristig wiederherzustellen. Überhöhte Schuldenquoten, geringes Wachstumspotenzial und ungünstige demografische Entwicklungen erfordern dringende Haushaltskonsolidierungs- und Strukturreformmaßnahmen. Einfache Simulationen zeigen, dass das Euro-Währungsgebiet bei einer jährlichen Verbesserung des strukturellen Haushaltssaldos von 0,5 % des BIP bis zum Erreichen der mittelfristigen Haushaltsziele durchschnittlich zwei Jahrzehnte benötigen würde, um die Verschuldung auf 60 % des BIP zu senken. Haushaltskorrekturen von durchschnittlich mehr als 1 % des BIP wären erforderlich, um die Schuldenquote konstant zu senken und die Schwelle von 60 % des BIP bis 2020 zu erreichen. Die Indikatoren für die Tragfähigkeitslücke zeigen, dass die Schuldendynamik im Hinblick auf die impliziten Verbindlichkeiten, die sich insbesondere aus den Renten-, Gesundheitsfürsorge- und Sozialleistungssystemen ergeben, unter Berücksichtigung des demografischen Faktors nicht tragfähig wäre. Ausgehend von der Annahme, dass die Haushaltskonsolidierungspläne in den Stabilitätsprogrammen in den kommenden Jahren lückenlos ausgeführt werden, ließe sich die Tragfähigkeitslücke erheblich reduzieren und würde 2,7 % des BIP im Euro-Währungsgebiet betragen. Um jedoch eine langfristige Tragfähigkeit der Haushalte zu erreichen, müssen die Reformen der öffentlichen Ausgabenprogramme insbesondere in Bezug auf die Altersversorgungssysteme weiter vorangebracht werden.

Um Stabilität der Finanzmärkte und der Haushalte zu erreichen, bedarf es zudem einer Sanierung des Bankensektors. Dies ist zuträglich für die Entlastung der öffentlichen Finanzen und unabdingbar für die Belebung der Konjunktur. Bilanzbereinigungen der Banken in Verbindung mit gedämpften wirtschaftlichen Aussichten haben zu einem schleppenden Kreditwachstum beigetragen. Zudem bewirken öffentliche Maßnahmen zur Stützung des Bankensektors – gleichwohl notwendig zur Abwendung des Zusammenbruchs der Finanzmärkte – möglicherweise Wettbewerbsverzerrungen. Deshalb werden diese Maßnahmen von der Kommission streng kontrolliert. Es wird eine Herausforderung darstellen, die öffentliche Stützung der Banken einzustellen und gleichzeitig zu gewährleisten, dass der Wirtschaft verlässlich Kredite bereitgestellt werden, sobald sich die Wirtschaft erholt hat und sich Investitionsmöglichkeiten bieten.

Obwohl die Banken in der EU im Allgemeinen die Bereinigung ihrer Bilanzen fortgesetzt haben, scheint die Erholung des Bankensektors in einigen Mitgliedstaaten noch fragil zu sein. Fortschritte bei der Restrukturierung des Bankensektors sind wesentlich für die Steigerung der Kosteneffizienz, die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit und die Rückkehr zu normalen Kreditvergabebedingungen. Der Bankensektor zeigt sich aktuell erholt, in vielen Ländern sind höhere Gewinne und solidere Kapitalpuffer zu beobachten. Die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften im Euro-Währungsgebiet hat sich allmählich erholt, während die Kreditvergabe an private Haushalte überraschend stark geblieben ist. Allerdings ergeben sich potenzielle Risiken aus der schwachen Wirtschaft der Mitgliedstaaten und verschlechterten Arbeitsmarktbedingungen, aus anhaltenden Anpassungen der Immobilienmärkte und aus Spannungen auf dem Staatsanleihenmarkt. Des Weiteren bewegt sich nach internationalen Maßstäben hochwertiges Kapital in europäischen Banken nach wie vor auf einem niedrigen durchschnittlichen Niveau, was dem Vertrauen in das europäische Bankensystem abträglich ist. Die Refinanzierungsbedingungen haben sich noch nicht ganz auf ihren normalen Stand eingependelt, was insbesondere für den Zugang zu mittel- bis langfristiger Finanzierung gilt. Offensichtlich versuchen noch einige Banken den Fremdkapitalanteil zu reduzieren, indem sie ihre Kreditvergabe auf einige Kategorien von Unternehmen und Haushalten beschränken, statt neues Kapital zu beschaffen.

Die wirtschaftspolitische Reaktion der EU hat zu weiteren Verbesserungen bei Funktionsweise und Stabilität des Finanzsystems geführt. Im Januar 2011 hat ein Europäisches Finanzaufsichtssystem (ESFS), das den mit der Überwachung und Bewertung makrofinanzieller Systemrisiken befassten Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) und drei europäische Aufsichtsbehörden zur Gewährleistung einer strengeren und konsequenteren EU-weiten Mikroaufsicht umfasst, seine Arbeit aufgenommen. Die Neugestaltung des Aufsichtsrahmens wird ergänzt durch verbesserte Finanzvorschriften für u.a. Banken, Hedgefonds und Ratingagenturen, durch die Entwicklung von Krisenbewältigungsmechanismen für Banken und durch eine Stärkung des Verbraucherschutzes. Im Einklang mit Basel III werden neue Eigenkapitalanforderungen eingeführt, und die Mitgliedstaaten verpflichten sich, unter uneingeschränkter Wahrung des gemeinschaftlichen Besitzstands nationale Rechtsvorschriften für die Sanierung von Banken zu erlassen. Es werden regelmäßig strenge, auf EU-Ebene koordinierte Belastungstests für Banken durchgeführt, um zu bewerten, wie widerstandsfähig europäische Banken gegenüber hypothetischen Außeneinwirkungen sind. Eine für Mitte 2011 vorgesehene neue Runde von Belastungstests wird dazu beitragen, restliche Schwachpunkte im Bankensektor des Euro-Währungsgebiets auszumachen.

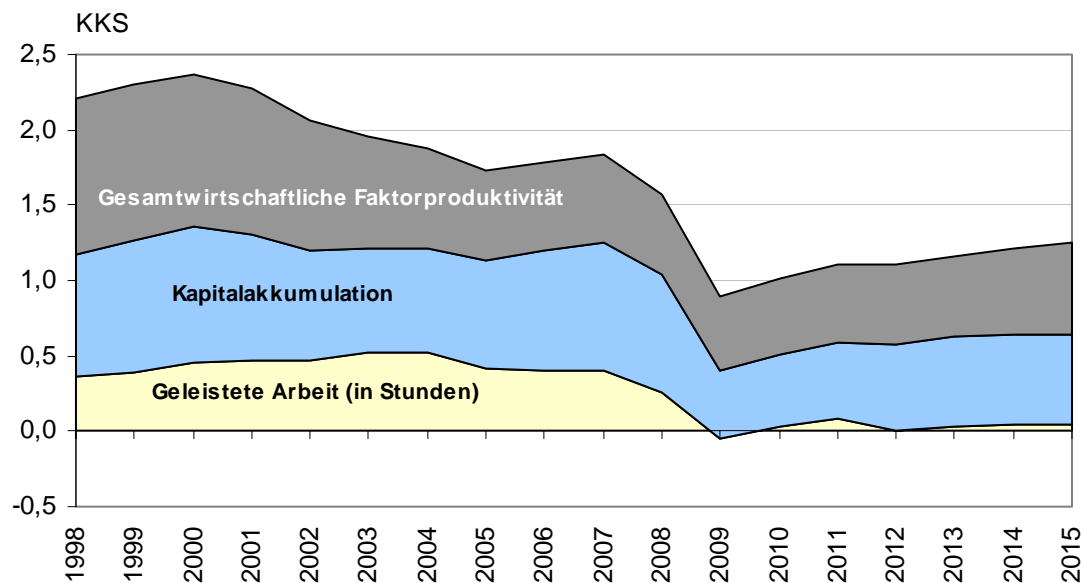
Bei der Durchführung von Reformen im Finanzsektor müssen sich die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets noch verschiedenen Herausforderungen stellen. Angesichts der im Zuge der Finanzkrise zu Tage getretenen noch bestehenden Ungleichgewichte in der Immobilien- und Baubranche könnten sich in verschiedenen Mitgliedstaaten weitere Verluste im Anlagenportfolio der Banken einstellen, so dass man sich mit den Auswirkungen auf die Solvenz der betroffenen Banken auseinandersetzen muss. In diesem Zusammenhang stellt die Verschärfung der Refinanzierungsbedingungen ein Risiko für einige Banken dar. Grenzüberschreitende Finanztätigkeiten müssen in den Fällen einer strengen Kontrolle unterliegen, in denen Banken es in hohem Maße mit Darlehensnehmern in einigen mit Risiken behafteten Ländern zu tun haben. Zudem ist derzeit insbesondere in Deutschland, Irland, Griechenland und Spanien ein intensiver Prozess der Restrukturierung und Rekapitalisierung des Bankensektors im Gange. Schließlich wird die öffentliche Unterstützung für den Bankensektor auf umsichtige Weise auslaufen müssen, insbesondere – sofern es die Marktbedingungen erlauben – in Ländern, in denen erheblich zur Rettung des Bankensektors eingeschritten wurde.

2.2 STEIGERUNG DES WACHSTUMSPOTENZIALS UND KORREKTUR VON UNGLEICHGEWICHTEN IM EURO-WÄHRUNGSGEBIET

Die Aussichten für das Potenzialwachstum im Euro-Währungsgebiet sind nach wie vor unsicher und dürften infolge der Krise langfristig belastet bleiben. Aus Abbildung 1 geht hervor, dass vor der Krise insbesondere zwei Faktoren das Potenzialwachstum gehemmt haben dürften: geringere Steigerung der Kapitalintensität infolge der negativen Auswirkungen der langfristigen Bilanzbereinigung in Verbindung mit stetig steigenden Kreditrisikoprämien für Investitionen sowie verlangsamter Anstieg des Arbeitskräfteangebotspotenzials infolge von Hysterese-Effekten, die aus dem beträchtlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit und zunehmend aus negativen demografischen Entwicklungen resultieren.¹ Im Gegensatz hierzu scheint die gesamtwirtschaftliche Faktorproduktivität (TFP) bereits in den Jahren vor der Krise abgenommen zu haben. Dieser relativ schwache TFP-Verlauf ist möglicherweise auf schwindende Produktivitätsimpulse aus dem Unternehmensbereich (einschließlich des industriellen Wettbewerbs) und aus den Bereichen Bildung, FuE und Innovation sowie auf den Technologietransfer zurückzuführen. Auch bestehen auffällige Unterschiede zwischen den Ländern des Euro-Währungsgebiets: Während Mitgliedstaaten wie Finnland und Schweden aufgrund ihres kontinuierlich hohen TFP-Wachstums hervorstechen, ist das für Länder wie Spanien oder Italien prognostizierte TFP-Wachstum zu vernachlässigen. Zudem kann die Reaktion auf die Krise selbst sich auf das Potenzialwachstum auswirken, wenn beispielsweise die Konsolidierungspolitik des öffentlichen oder privaten Sektors Kürzungen der FuE-Ausgaben vorsieht.

¹ Vgl. auch Europäische Kommission (2009): *Impact of the current economic and financial crisis on potential growth*, European Economy, Occasional Paper Nr. 49, Juni 2009.

Schaubild 1: Beiträge zum Potenzialwachstum im Euro-Währungsraum (EA-17), 1998-2015



Quelle: Dienststellen der Kommission

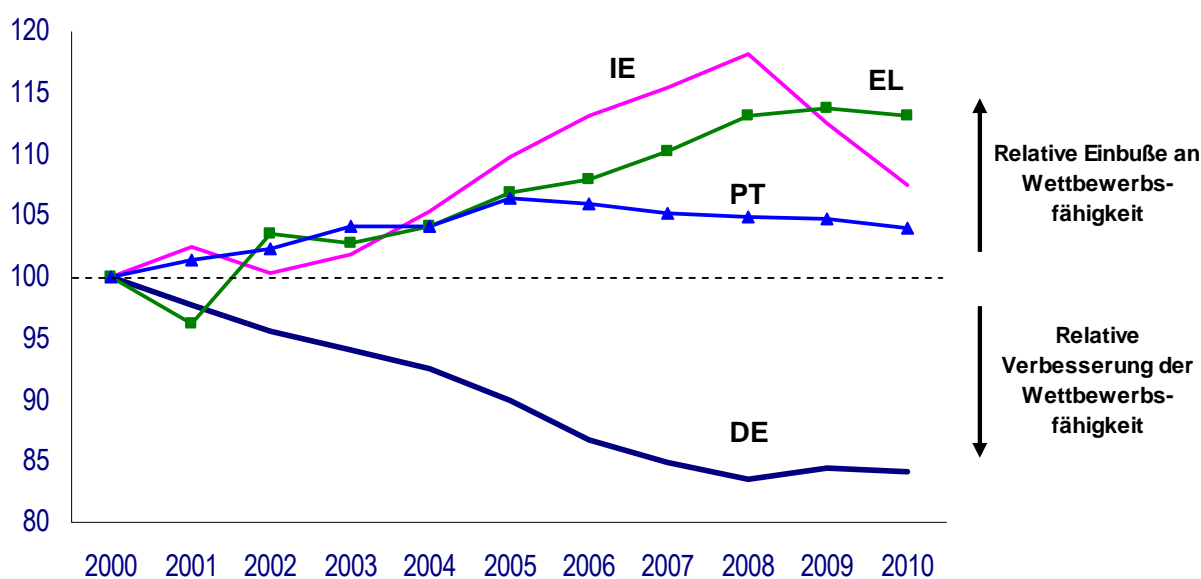
Da die Arbeitskräftereserven von der Krise hart getroffen worden sind, werden Produktivitätssteigerungen in den kommenden Jahrzehnten den wichtigsten Wachstumsmotor darstellen. Demografischen Prognosen zufolge wird die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter im Euro-Währungsgebiet zurückgehen. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsmarktbeteiligung können zwar erfolgreich sein, doch Produktivitätssteigerungen werden auch weiterhin von zentraler Bedeutung sein, da die derzeit ungenutzten Arbeitskräftereserven wahrscheinlich eine geringere Produktivität aufweisen werden. Der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit von 7,6 % im Jahr 2007 auf 10,1% im Jahr 2010, der mit einem erheblichen Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit einhergegangen ist, erhöht die Gefahr der dauerhaften Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt und des permanenten Verlusts an Humankapital. Der steile Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit stellt eine potenzielle Bedrohung für die künftige Qualität des Humankapitals, den Arbeitsmarkt und die Einkommenserwartungen dar. Langzeitprognosen zufolge wird das Beschäftigungswachstum im nächsten Jahrzehnt fast gleich Null sein, wenn keine konsequenten Maßnahmen ergriffen werden; die Arbeitskräftereserven hingegen werden Anfang des nächsten Jahrzehnts aufgrund der Bevölkerungsalterung voraussichtlich zurückgehen.

Die Länder des Euro-Währungsgebiets sehen sich unterschiedlich großen Wachstumsherausforderungen gegenüber, die zum Auflaufen makroökonomischer Ungleichgewichte innerhalb des Euro-Währungsgebiets beigetragen haben. Die bereits vor der Krise aufgelaufenen Ungleichgewichte haben nicht nur die Auswirkungen der Krise auf die gefährdeten Volkswirtschaften verstärkt, sondern sie hatten auch erhebliche negative Nebeneffekte auf alle Länder des Euro-Währungsgebiets. Ohne geeignete politische Maßnahmen können erneut Ungleichgewichte auftreten, die insbesondere durch Arbeitslosigkeit hohe soziale Kosten nach sich ziehen können, wenn sie nicht geordnet abgebaut werden. Je nach Mitgliedstaat werden sehr unterschiedliche Maßnahmen erforderlich sein, die genauestens auf die spezifischen Schwachpunkte und Erfordernisse des betreffenden Landes ausgerichtet sein und gleichzeitig den potenziellen Ausstrahlungseffekten Rechnung tragen müssen.

In Mitgliedstaaten, die aufgrund struktureller Einbußen an Wettbewerbsfähigkeit ein hohes Leistungsbilanzdefizit aufweisen, werden umfangreiche Preis- und Kostenanpassungen und eine branchenübergreifende Umverteilung der Mittel erforderlich sein. Die Kosten und Preise werden angepasst werden müssen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Exportsektors zu steigern und die Einfuhren einzudämmen (Schaubild 2), selbst wenn die nichtpreisliche Wettbewerbsfähigkeit ebenfalls von Bedeutung ist. Maßnahmen zur Erhöhung der Preis- und Kostenflexibilität werden die notwendige Anpassung der Inlandsnachfrage und der Beschäftigung verringern. Die Anpassung der Preise sollte nicht nur zur Steigerung der externen Wettbewerbsfähigkeit beitragen, sondern sie sollte auch mit einer Umschichtung von Kapital und Arbeitskräften vom Sektor der nicht handelbaren Güter hin zum Sektor der handelbaren Güter einhergehen. Deshalb ist es wichtig, dass die Mobilität von Kapital und Arbeitskräften zwischen den verschiedenen Branchen und zwischen den verschiedenen Ländern verbessert wird.

Schaubild 2: Reale effektive Wechselkurse (basierend auf Lohnstückkosten) im Vergleich zum Rest des Euro-Währungsgebiets

(Indizes; 2000 = 100, Anstiege entsprechen Einbußen der Wettbewerbsfähigkeit)



In Mitgliedstaaten mit hohem Leistungsbilanzüberschuss, der auf die mangelnde Inlandsnachfrage zurückzuführen ist, müssen die Ursachen für die mangelnde Inlandsnachfrage ermittelt werden. Die neuesten Daten sind ermutigend und lassen erkennen, dass eine Anpassung erfolgt: die Inlandsnachfrage gewinnt zunehmend an Dynamik, und der Prozess der Bilanzanpassungen (in den Unternehmen) nähert sich seinem Ende. Wo die Inlandsnachfrage nach wie vor aus politischen Gründen oder aufgrund eines Marktversagens eher verhalten ist, sollten geeignete Maßnahmen ergriffen werden.

Auf mittlere Sicht muss vermieden werden, dass sich derartige Ungleichgewichte wiederholen. Eine der größten Herausforderungen für die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger wird somit darin bestehen, einerseits Strukturreformen auf den Weg zu bringen, die Kredit- und Vermögenswertblasen verhindern, und andererseits spezifische

Instrumente zu entwickeln, mit denen gegebenenfalls die Nachfrage gedrosselt werden kann. Die Prozyklizität des Kreditgeschäfts und die strukturellen Merkmale des Immobilienmarktes, die einer Aufblähung der Immobilienpreise Vorschub leisten könnten, erfordern besondere Aufmerksamkeit. Dies gilt insbesondere für Länder, die sich im Prozess der Annäherung der Einkommen oder im wirtschaftlichen Aufholprozess befinden: In diesen Ländern wurde Fremdkapital häufig für den öffentlichen oder den privaten Verbrauch genutzt, um dem Nachholbedarf gerecht zu werden, anstatt Investitionen Vorrang zu geben, die die Produktionskapazität der Wirtschaft und damit auch die Tragfähigkeit der Auslandsschulden erhöhen. Die Erhöhung der Anpassungskapazität und der Marktflexibilität würde darüber hinaus die Korrektur der bestehenden Ungleichgewichte beschleunigen, die Gefahr künftiger Ungleichgewichte verringern und so das Funktionieren des gesamten Euro-Währungsgebiets verbessern. Indem die Volkswirtschaften flexibler werden und die erforderlichen Anpassungen auch über haushaltspolitische und Finanzpuffer vornehmen können, werden sie widerstandsfähiger und können besser auf etwaige größere Schocks reagieren.

Ihren nationalen Reformprogrammen zufolge führen die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets nur begrenzte Reformen durch, um die Probleme anzugehen, die das Funktionieren ihrer Produktmärkte beeinträchtigen. Die Mitgliedstaaten gehen die Reformen in diesem Bereich auf sehr unterschiedliche Weise an, und die Maßnahmen zur Reform der Regulierung der Produktmärkte sind häufig nicht ehrgeizig genug. Insbesondere bei den Reformen in den großen und daher wirtschaftlich bedeutsamen Dienstleistungssektoren, beispielsweise bei den freien Berufen, aber auch im Einzelhandel und in netzgebundenen Wirtschaftszweigen, gibt es häufig Defizite. Auch bei den Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz der Wettbewerbsbehörden könnte in zahlreichen Fällen mehr getan werden.

Die geplanten politischen Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung sind je nach Mitgliedstaat des Euro-Währungsgebiets unterschiedlicher Natur. Die nationalen Reformprogramme aller Mitgliedstaaten zielen auf die Erleichterung der Anpassung an den Arbeitsmarkt durch verbesserte aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Eine große Anzahl von Ländern plant Reformen zur Senkung der Lohnnebenkosten, die in den meisten Fällen Geringverdienern oder Langzeitarbeitslosen zugute kommen sollen. Die in einer beträchtlichen Anzahl von Mitgliedstaaten geplante Begrenzung der Vorruhestandsregelungen wäre der Erwerbsbeteiligung älterer Menschen förderlich. Der Arbeitsschutz wird in zahlreichen Ländern reformiert, um unbefristete Arbeitsverhältnisse attraktiver zu machen und der Arbeitsmarktsegmentierung entgegenzuwirken. In einigen Mitgliedstaaten wird die Arbeitslosenunterstützung dahingehend reformiert, dass Langzeitarbeitslosen größere Anreize für die Wiederaufnahme einer Beschäftigung geboten werden. Zahlreiche nationale Reformprogramme, insbesondere die der Länder mit größeren externen Anpassungserfordernissen, beinhalten Pläne zur Reformierung der Lohnbildungssysteme, um die Dezentralisierung der Lohnbildung zu fördern und die Entwicklung der Löhne und der Produktivität besser miteinander in Einklang zu bringen.

Die grenzüberschreitende Mobilität innerhalb des Euro-Währungsgebiets - sie ist im Vergleich zur Mobilität innerhalb eines Landes derzeit noch gering, kann die Effizienz der Arbeitsmärkte aber weiter stärken. Mit der Aufhebung der Zugangsbeschränkungen zum deutschen und österreichischen Arbeitsmarkt am 1. Mai 2011 für die Mitgliedstaaten, die 2004 der EU beigetreten und von denen heute drei Staaten (Estland, Slowakei und Slowenien) Mitglied des Euro-Währungsgebiets sind, wurde ein entscheidender Fortschritt erzielt. Allerdings gehen die Schätzungen darüber, wie viele Personen diese neuen Möglichkeiten tatsächlich nutzen werden, weit auseinander.

Angesichts der Dringlichkeit sind die Strukturreformen in den drei Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets, die finanzielle Unterstützung von der EU und dem IWF erhalten, sehr ehrgeizig. Eine strikte und frühzeitige Durchführung ihrer Programme ist unverzichtbar, um den schwachen Wachstums- und Beschäftigungsaussichten dieser Mitgliedstaaten ein Ende zu setzen. In Griechenland gehört die Öffnung des Zugangs zu bestimmten Berufen und deren Ausübung zu den wichtigsten Reformen des gesamten Anpassungsprogramms. Mehrere Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen wurden bereits verabschiedet oder nähern sich dem parlamentarischen Prozess. Dazu gehören neben einem neuen Investitionsfördergesetz ein neues Wettbewerbsgesetz und neue Regeln für Genehmigungsverfahren. In Irland liegt der Schwerpunkt der Strukturreformen auf den Arbeitsmarktreformen, mit denen dem drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit (hauptsächlich von ungelernten Arbeitskräften) während der Krise entgegengewirkt und ein Anstieg der strukturellen Arbeitslosigkeit verhindert werden sollen. Die Arbeitsmarktreformen, die sich auf das Nationale Konjunkturprogramm stützen, umfassen Kürzungen des Mindestlohns, umfassendere Eingliederungsmaßnahmen und eine gezieltere Verteilung der Sozialleistungen. In Portugal sehen die bereits für 2011 geplanten Strukturreformen Maßnahmen zur Stärkung des Arbeitsmarktes vor, die greifen sollen, indem Abfindungszahlungen begrenzt und Arbeitszeitvereinbarungen flexibler gestaltet werden, sowie Maßnahmen zur Marktvertiefung und zur Förderung des Wettbewerbs und der Flexibilität des Energiesektors und anderer Netzwerkbranchen.

3. STÄRKUNG DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN KOORDINIERUNG IM EURO-WÄHRUNGSGEBIET

Die Herausforderungen und die politischen Maßnahmen zu ihrer Bewältigung (s. Abschnitt 2) unterstreichen die Gefahr der Übertragung und anderer negativer Auswirkungen auf alle Länder des Euro-Währungsgebiets. Der Binnenmarkt und die gemeinsame Währung haben zu einem hohen Grad an wirtschaftlicher Integration zwischen den Mitgliedern des Euro-Währungsgebiets geführt. Die finanzielle Integration hatte sich vor der Krise vertieft, mit einem deutlichen Anstieg bei den grenzüberschreitenden Positionen und, in einigen Mitgliedstaaten, einer deutlich gestiegenen Hebelfinanzierung. Dies hatte zur Folge, dass die internationale Risikoexponierung der Finanzinstitute im Euro-Währungsgebiet zunahm und der Spielraum für eine grenzüberschreitende Übertragung über die Finanzkanäle erhöht wurde. Gleichzeitig erwies sich die Beaufsichtigung und Regulierung des Finanzsektors auf nationaler Ebene in zahlreichen Fällen als inadäquat.

Die Mitgliedstaaten haben die Lehren aus den Ereignissen gezogen und sich unmittelbar nach der Krise auf eine umfassende und dauerhafte Neugestaltung der wirtschaftspolitischen Koordinierung auf der Ebene der EU und des Euro-Währungsgebiets geeinigt. Die politischen Maßnahmen, die zur Abschwächung der negativen Auswirkungen der Krise und zur Verringerung künftiger Risiken ergriffen wurden, umfassten so gut wie alle Bereiche der Wirtschafts- und Finanzpolitik im Euro-Währungsgebiet. Zu diesen Maßnahmen gehörte auch eine Kombination von Krisenmanagementmaßnahmen, mit denen auf dringende Bedürfnisse in bestimmten Ländern oder Branchen reagiert werden soll, und stärker systemisch angelegten Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung des Euro-Währungsgebiets. Die Krisenmanagementmaßnahmen sind das Ergebnis der Ermittlung eines umfassenden Konzepts, um die unmittelbaren Nachteile und die durch die Krise verursachten Bedrohungen

in den Griff zu bekommen. Kernziel dieser Strategie ist die Wahrung der Integrität des Euro und aller Volkswirtschaften des Euro-Währungsgebiets angesichts beispielloser Finanzmarkturbulenzen.

- Im integrierten jährlichen Kontrollzyklus, der im „Europäischen Semester“ verankert ist, werden mehrere Aspekte der Überwachung der Wirtschaftspolitik in der EU, einschließlich Maßnahmen zur Gewährleistung der Haushaltsdisziplin und der makroökonomischen Stabilität sowie zur Wachstumsförderung, zusammengeführt.
- Sechs Legislativvorschläge schaffen einen verstärkten Überwachungsrahmen mit folgender Zielsetzung: Neugestaltung des wirtschaftspolitischen Rahmens der EU durch Verschärfung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts, Verstärkung der nationalen Haushaltsregelungen, Vermeidung und Korrektur schädlicher makroökonomischer Ungleichgewichte und Schaffung einer wirksamen Durchsetzungsinstanz für die Länder des Euro-Währungsgebiets. Der neue Überwachungsrahmen wird in Kraft treten, nachdem Rat und Parlament eine Einigung erzielt haben (voraussichtlich Mitte 2011).
- Der Europäische Rat nahm auf seiner Tagung vom 24./25. März den Euro-Plus-Pakt (EPP) an, dem die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets und sechs Nicht-Mitgliedstaaten beigetreten sind. Zu den Hauptzielen des EPP zählen die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, die Förderung der Beschäftigung, die Förderung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und die Stärkung der Finanzstabilität. Der EPP fügt sich fest in die institutionellen Strukturen der EU ein, einschließlich des Europäischen Semesters, und verleiht den Zielen der Wachstumsstrategie Europa 2020 und den Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung in der WWU zusätzliche politische Impulse.
- Risiken der Ausweitung der Unsicherheit hinsichtlich der Solvabilität von Mitgliedstaaten mit hoher Staatsverschuldung wurden eingedämmt durch die Schaffung der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität (EFSF) und des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), der 2013 durch den unbefristet angelegten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ersetzt wird. Für die drei Mitgliedstaaten, die finanzielle Unterstützung erhalten, wurden strikte wirtschaftliche Anpassungsprogramme beschlossen, deren Umsetzung streng kontrolliert wird, damit die Entwicklung nicht aus dem Ruder läuft.

Das Potenzial an zusätzlichen Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung im Euro-Währungsgebiet könnte weiter ausgelotet werden. Die EU verfügt zwar bereits über verschiedene Instrumente zur wirtschaftspolitischen Koordinierung, aber die Krise hat gezeigt, dass diese nicht in vollem Umfang eingesetzt worden sind und dass das derzeitige System der wirtschaftspolitischen Steuerung Lücken aufweist. Die jüngsten Beschlüsse haben gezeigt, dass ein breiter politischer Konsens darüber besteht, dass sich dies ändern muss und dass sich die EU mit einem umfassenderen und wirksameren Instrumentarium ausstattet. Um die Kohärenz künftiger politischer Entscheidungen sowie deren Durchführung und Vollstreckung sicherzustellen, müssen alle relevanten Instrumente zusammengeführt werden. Da der größte Teil der wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen jedoch im Verantwortungsbereich der Mitgliedstaaten verbleibt und von diesen umgesetzt werden muss, könnte die Rolle der Euro-Gruppe dahingehend gestärkt werden, dass sie den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets wirtschaftspolitische Leitlinien an die Hand gibt und die Umsetzung der an die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets gerichteten Politikempfehlungen überwacht.

4. ZUSAMMENFASSUNG

Die Erfahrungen der ersten zehn Jahre seit der Einführung des Euro haben generell die vielen Vorteile der gemeinsamen Währung zutage treten lassen. Aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise verschlechterte sich die Lage der Staatsfinanzen im Euro-Währungsgebiet, was eine drastische Neubewertung des Ausfallrisikos für die Verbindlichkeiten mancher Mitgliedstaaten bewirkte und die makrofinanzielle Stabilität gefährdete. Die wirtschaftliche Erholung vollzieht sich zwar im Euro-Währungsgebiet als Ganzem, verläuft in den Mitgliedstaaten aber nach wie vor uneinheitlich. Die Krise hat einen Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte innerhalb des Euro-Währungsgebiets ausgelöst, die bereits vor der Krise aufgelaufen waren; allerdings fällt diese Korrektur möglicherweise nicht umfangreich genug aus und könnte sich in einigen Bereichen als vorübergehend erweisen. Dieses Geflecht wirtschaftspolitischer Herausforderungen, bei dem es um die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung von Stabilität, die Steigerung des Wachstumspotenzials und die Korrektur der Ungleichgewichte im Euro-Währungsgebiet geht, muss mit großer Entschlossenheit angegangen werden. Zu diesem Zweck könnte eine weitere Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung im Euro-Währungsgebiet und insbesondere der Rolle der Eurogruppe ins Auge gefasst werden. Letztere könnte den betreffenden Mitgliedstaaten wirtschaftspolitische Leitlinien an die Hand geben.

Der Blick auf das Euro-Währungsgebiet als Ganzes offenbart mögliche Mängel bei den politischen Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten zur Bewältigung dieser Herausforderungen eingeleitet haben, die sich auf das Euro-Währungsgebiet insgesamt negativ auswirken könnten. Die Bewertung der Stabilitätsprogramme und der nationalen Reformprogramme der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets zeigt die Bedeutung der strikten Einhaltung der Haushaltsziele. In einigen Mitgliedstaaten müssen die Konsolidierungsanstrengungen möglicherweise verstärkt und weitere Maßnahmen zur Verschärfung der Haushaltsregeln und zur Stärkung der Nachhaltigkeit ergriffen werden. Auch bei den Maßnahmen zur Gewährleistung finanzieller Stabilität, zu einer auf Wachstum gerichteten Haushaltskonsolidierung, zur Lohnbildung, zur Steigerung der Effizienz der Dienstleistungssektoren sowie zur politischen Steuerung im Euro-Währungsgebiet wurden Mängel entdeckt.

5. ANHANG – TABELLEN UND SCHAUBILDER

Tabelle 1. Makroökonomische Indikatoren

	1995- 1999	2000- 2004	2005- 2008	2009	2010	2011	2012
Kernindikatoren							
BIP-Wachstumsrate	2,5	1,9	2,0	-4,1	1,8	1,6	1,8
Produktionslücke ¹	0,2	0,9	1,0	-4,1	-3,2	-2,7	-2,0
HVPI (Jährliche Veränderung in %)	1,4	2,3	2,5	0,3	1,6	2,6	1,8
Inlandsnachfrage (Jährliche Veränderung in %) ²	2,6	1,7	2,0	-3,5	1,0	0,9	1,6
Arbeitslosenquote (in % der Erwerbsfähigen) ³	10,2	8,6	8,2	9,6	10,1	10,0	9,7
Bruttoanlageinvestitionen (in % des BIP)	20,4	20,6	21,4	19,7	19,2	19,4	19,7
Inländisches Bruttosparen (in % des BIP)	21,5	21,1	21,6	18,2	18,7	19,1	19,7
Gesamtstaat (% des BIP)							
Finanzierungssaldo	-3,1	-2,1	-1,6	-6,3	-6,0	-4,3	-3,5
Bruttoschuldenstand	72,7	68,7	68,6	79,3	85,4	87,7	88,5
Gesamteinnahmen	46,2	45,2	45,1	44,5	44,5	44,9	44,9
Gesamtausgaben	49,4	47,3	46,7	50,8	50,4	49,1	48,5
davon: Zinsen	4,9	3,5	2,9	2,8	2,8	3,0	3,2
Übrige Welt (% des BIP)							
Finanzierungssaldo	n.a	0,8	0,1	-0,6	-0,2	n.a	n.a
Nettoausfuhren von Waren und Dienstleistungen	1,8	1,7	1,3	1,3	1,3	1,5	1,7
Netto-Primäreinkommen von der übrigen Welt	-0,4	-0,5	-0,2	-0,7	-0,4	-0,4	-0,4
Netto-Kapitaltransaktionen	n.a	0,1	0,1	0,1	0,2	n.a	n.a
Sektor der handelbaren Güter	41,9	40,4	38,6	36,2	n.a	n.a	n.a
Sektor der nicht handelbaren Güter	48,0	49,4	51,0	53,8	n.a	n.a	n.a
davon: Bausektor	5,2	5,2	5,6	5,7	n.a	n.a	n.a
Anmerkungen:							
¹ Die Produktionslücke ist die Lücke zwischen dem tatsächlichen und dem potenziellen Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen von 2000.							
² Der Indikator für Inlandsnachfrage umfasst auch Lagerbestände.							
³ Arbeitslose sind alle Personen, die in nicht in einem Beschäftigungsverhältnis standen, aktiv eine Arbeit gesucht hatten und bereit waren, unmittelbar oder innerhalb von zwei Wochen eine Arbeit aufzunehmen. Zu den Arbeitskräften zählen alle Beschäftigten und Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquote umfasst Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren.							
Quelle:							
Frühjahrsprognose 2011, erstellt von den Kommissionsdienststellen							

Tabelle 2. Frühjahrsprognose 2011 der Europäischen Kommission

			2009		Jährliche Veränderung in %					
	Mrd.EUR	Jew.Preise	% BIP	92-06	2007	2008	2009	2010	2011	2012
BIP		8971,0	100,0	2,0	2,9	0,4	-4,1	1,8	1,6	1,8
Privater Verbrauch		5174,9	57,7	1,9	1,7	0,4	-1,1	0,8	0,8	1,2
Öffentlicher Verbrauch		1985,4	22,1	1,7	2,2	2,3	2,5	0,7	0,2	0,3
Bruttoanlageinvestitionen		1763,9	19,7	2,1	4,7	-0,8	-11,4	-0,8	2,2	3,7
Ausfuhren (Waren und Dienstleistungen)		3258,8	36,3	6,3	6,3	0,9	-13,1	11,2	6,9	6,2
Einfuhren (Waren und Dienstleistungen)		3140,0	35,0	5,7	5,8	0,8	-11,9	9,3	5,4	5,9
Beitrag zum BIP-Wachstum:										
Inlandsnachfrage				-	2,4	0,5	-2,6	0,5	0,9	1,5
Lagerbestände				-	0,2	-0,2	-0,9	0,5	0,0	0,1
Nettoausfuhren				-	0,2	0,1	-0,7	0,8	0,7	0,2
Beschäftigung				0,7	1,7	0,6	-2,0	-0,5	0,4	0,7
Arbeitslosenrate (a)				9,4	7,6	7,6	9,6	10,1	10,0	9,7
Reale Lohnstückkosten				-0,6	-0,9	1,5	2,9	-1,3	-0,6	-0,4
Sparquoten der privaten Haushalte (b)				-	14,2	14,7	15,8	14,7	14,3	14,3
Produktionslücke				0,2	2,1	1,0	-4,1	-3,2	-2,7	-2,0
Harmonisierter Verbraucherpreisindex				-	2,1	3,3	0,3	1,6	2,6	1,8
Leistungsbilanz (c)				0,4	0,2	-0,8	-0,6	-0,4	-0,2	-0,1
Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo (c)				-3,0	-0,7	-2,0	-6,3	-6,0	-4,3	-3,5
Gesamtstaatlicher Bruttoschuldenstand (c)				-	66,2	69,9	79,3	85,4	87,7	88,5
(a) Definition von Eurostat (b) Bruttosparen geteilt durch verfügbares Bruttoeinkommen (c) als Prozentsatz des BIP										

Tabelle 3. Indikatoren für die langfristige Tragfähigkeit

Euro-Währungsgebiet	Basisszenario (2010)			Programmszenario		
	S1	S2		S1	S2	
Wert	6,0	6,4		2,1	2,7	
davon:						
Budgetäre Ausgangsposition	2,9	3,0		-0,8	-0,7	
Fremdmittelbedarf 2060	0,5	-		0,4	-	
Langfristige Veränderungen beim Primärsaldo	2,6	3,4		2,6	3,4	
	2010	2015	2020	2010	2015	2020
Verschuldung in % des BIP	85,3	95,3	111,5	85,3	81,7	77,3

Anmerkung: Im Basisszenario (2010) ist die Tragfähigkeitslücke dargestellt, die auf der Annahme basiert, dass die Haushaltsposition 2010 auf mittlere Sicht (bis zum Ende der Programmlaufzeit) unverändert bleibt. Im Programmszenario ist die Tragfähigkeitslücke dargestellt, die auf der Annahme basiert, dass die Haushaltspläne des Programms in vollem Umfang umgesetzt werden.

Tabelle 4. Arbeitsmarkt und soziale Indikatoren

Arbeitsmarktindikatoren	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Erwerbstätigenquote (% der Bevölkerung im Alter zwischen 20 - 64 Jahren)	68,0	69,0	70,0	70,4	69,0	68,4
Beschäftigungswachstum (Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in %)	1,0	1,7	1,8	0,8	-1,9	-0,5
Erwerbstätigenquote von Frauen (% der weiblichen Bevölkerung im Alter zwischen 20 - 64 Jahren)	59,4	60,5	61,7	62,5	62,1	61,7
Erwerbstätigenquote von Männern (% der männlichen Bevölkerung im Alter zwischen 20 - 64 Jahren)	76,7	77,5	78,3	78,2	75,9	75,2
Erwerbstätigenquote von älteren Arbeitnehmern (% der Bevölkerung im Alter zwischen 55 - 64 Jahren)	40,4	41,7	43,2	44,3	45,1	45,8
Teilzeitbeschäftigung (% der Gesamtbeschäftigung)	18,6	19,1	19,3	19,4	20,0	20,4
Befristetes Arbeitsverhältnis (% der Beschäftigten mit einem befristeten Arbeitsvertrag)	16,0	16,7	16,6	16,3	15,4	15,6
Arbeitslosenquote ¹ (% der Arbeitskräfte)	9,1	8,5	7,6	7,6	9,6	10,1
Langzeitarbeitslosigkeit ² (% der Arbeitskräfte)	4,1	3,9	3,3	3	3,4	4,3
Jugendarbeitslosenquote (% der Arbeitskräfte im Alter zwischen 15-24 Jahren)	18,1	16,9	15,3	15,8	20	20,7
Quote der jungen Menschen, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren (% der Bevölkerung im Alter zwischen 15-24 Jahren)	12,0	11,2	10,7	11	12,5	:
Schul- und Ausbildungsabbrecher (% der Bev. im Alter zwischen 18-24 Jahren, die allenfalls die untere Sekundarstufe besucht haben und keine weiterführende Ausbildung absolvieren) - EA 16 Daten	17,7	17,4	16,8	16,6	15,9	:
Personen mit Hochschulabschluss (% der Bevölkerung im Alter zwischen 30-34 Jahren)	29,0	29,7	30,8	31,5	32,3	:
Arbeitsproduktivität je Beschäftigten (Jährliche Veränderung in %)	1,0	1,7	1,2	-0,2	-2,1	2,2
Geleistete Arbeitsstunden je Beschäftigten (Jährliche Veränderung in %)	-0,4	-0,3	0,0	-0,2	-1,5	0,8
Arbeitsproduktivität je geleistete Arbeitsstunde (Jährliche Veränderung in %; konstante Preise)	1,1	1,7	1,0	-0,2	-0,9	1,4
Entgelt je Beschäftigten (Jährliche Veränderung in %; konstante Preise)	0,2	0,6	0,2	1,3	0,8	0,8
Nominales Wachstum der Lohnstückkosten (Jährliche Veränderung in %)	1,2	1,0	1,5	3,6	3,9	-0,5
Reales Wachstum der Lohnstückkosten (Jährliche Veränderung in %)	-0,7	-1,0	-0,9	1,5	2,8	-1,3
Anmerkungen: ¹ Nach der Definition der ILO: Altersgruppe der 15- bis 74jährigen ² Anteil der Personen an den Arbeitskräften, die seit mindestens 12 Monaten arbeitslos sind. Quellen: Kommissionsdienststellen (EU-Arbeitskräfteerhebung und Europäische Gesamtrechnungen)						